

Stand: 08.02.2026 21:36:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16614

"Für eine familienpolitische Offensive in Deutschland und Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16614 vom 26.04.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/17003 des SO vom 11.05.2017
3. Beschluss des Plenums 17/17351 vom 21.06.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 106 vom 21.06.2017



Antrag

der Abgeordneten **Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Ruth Waldmann, Susann Biedefeld, Klaus Adelt, Günther Knoblauch SPD**

Für eine familienpolitische Offensive in Deutschland und Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt den von Ministerpräsident Horst Seehofer angekündigten, längst überfälligen Kurswechsel zugunsten einer sozial gerechteren Familienpolitik in Bayern, insbesondere folgende von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen:

- einmalige finanzielle Hilfen für junge Paare für Anschaffungen vom Kinderwagen bis zur Babyausstattung,
- die Einführung eines Kindersplittings im Steuerrecht mit höheren Steuerfreibeträgen für jedes Kind,
- die Einführung eines staatlich finanzierten Ausbildungskontos für junge Menschen während der Ausbildung,
- die schrittweise Abschaffung von Kita-Gebühren sowie
- die Reduzierung von Sozialversicherungsbeiträgen für Familien mit geringen Einkommen.

Denn die Entlastung bayerischer Familien muss – auch vor dem Hintergrund überdurchschnittlicher Lebenshaltungskosten in vielen Teilen Bayerns – oberste Priorität haben.

Die Staatsregierung berichtet im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration über Zeitplan und Ausgestaltung der vom Ministerpräsidenten versprochenen Familienoffensive in Bayern, besonders hinsichtlich der o.g. Maßnahmen.

Begründung:

In einem am 2. April 2017 veröffentlichten Interview mit der Bild am Sonntag kündigte Ministerpräsident Horst Seehofer ein umfangreiches finanzielles Entlastungspaket für Familien an. Gleiche und ähnliche Forderungen der SPD-Landtagsfraktion für bessere Bedingungen für Familien und Kinder, insbesondere nach kostenfreier Bildung von Anfang an, wurden von der CSU-Mehrheit im Parlament seit vielen Jahren durchgängig abgelehnt.

Etwa bereits

- ein SPD-Antrag aus dem Jahr 2010 auf der Drs. 16/6259 mit der Forderung, alle Bildungsgebühren von der Kita bis zur Hochschule zu streichen,
- ein Antrag aus dem Jahr 2013 auf der Drs. 16/17491 mit der erneuten Aufforderung, die Bildung in Kindertageseinrichtungen analog zur Schulbildung gebührenfrei zu stellen, sowie
- ein Gesetzentwurf aus dieser Legislaturperiode auf der Drs. 17/10580 zur Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbildung an bayerischen Schulen und zur Kostenfreistellung von Lernmitteln und Schulwegkosten.

Im Übrigen könnten Familien am effektivsten entlastet und massenhaft verwaltungsintensive Einmalhilfen, z.B. für Kinderwagen, sinnvoll ersetzt werden durch eine Weiterentwicklung des bestehenden Kindergelds zu einer bedarfsgerechten Kindergrundsicherung. Ein aktueller SPD-Antrag auf Drs. 17/16139 zur Einführung der Kindergrundsicherung wurde jedoch am 29. März 2017 von der CSU-Fraktion im Plenum ebenfalls abgelehnt. Umso begrüßenswerter ist der Kurswechsel des Ministerpräsidenten wenige Tage darauf, weil damit doch zumindest die Einsicht über die Notwendigkeit einer besseren Familienförderung dokumentiert wird.

Der Landtag hält eine eingehende Beratung im Parlament für dringend geboten, zumal es Eltern in Bayern besonders schwer haben, Familie und Beruf zu vereinbaren. So liegt Bayern laut Bertelsmann Stiftung, was das Angebot von Ganztagschulen betrifft, nach allen Bundesländern auf dem letzten Platz. Nur 15 Prozent der Schülerinnen und Schüler besuchen demnach im Freistaat eine Ganztagschule, während es deutschlandweit knapp 40 Prozent sind. Auch bei der Kleinkinderbetreuung hinterher: Beispielsweise zeigte der Bildungsmonitor des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln, dass nur 34 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen in Bayern einen Ganztagesplatz haben – 10 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt (Datengrundlage 2015).

Und in den Kitas selbst herrscht ebenfalls Mangel, was sich nicht zuletzt auf die Betreuungsqualität auswirkt: Laut Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme schafften Bayerns Kinderkrippen im Vergleich zu anderen Bundesländern 2015 gerade mal den achten Platz bei der Erzieher-Kind-Relation. Und während im Stadtstaat Hamburg der Bertelsmann Stiftung zufolge immerhin jede zweite Kita ausreichend Budget für Einrichtungsleitungen hat, erreichen in Bayern dagegen nicht einmal fünf Prozent der Kitas den Standard, den die Bertelsmann Stiftung als notwendig ansieht.

Folgerichtig stimmten in einer Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung nur 15 Prozent der Eltern zu, dass sich Beruf und Familie gut in Einklang bringen lassen, für die restlichen 85 Prozent der bayerischen Familien ist das nach wie vor eine Herausforderung. Besonders Alleinerziehende in Bayern leiden unter der Situation und sind auch besonders häufig von Armut betroffen – laut Sozialbericht der Staatsregierung durchschnittlich 42 Prozent. Das Armutsrisiko steigt dabei mit der Anzahl der Kinder: Mit einem Kind liegt das Risiko bei 37 Prozent, mit zwei Kindern liegt es hingegen schon bei 48,4 Prozent. Ebenfalls gefährdet sind kinderreiche Familien. So liegt das Risiko von Familien mit drei und mehr Kindern bei 19,5 Prozent und damit doppelt so hoch wie das Risiko von Familien mit einem oder zwei Kindern.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und
Integration**

**Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann,
Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD
Drs. 17/16614**

Für eine familienpolitische Offensive in Deutschland und Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Hans-Ulrich Pfaffmann**
Mitberichterstatter: **Florian Hözl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 66. Sitzung am 11. Mai 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Ruth Waldmann, Susann Biedefeld, Klaus Adelt, Günther Knoblauch SPD**

Drs. 17/16614, 17/17003

Für eine familienpolitische Offensive in Deutschland und Bayern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. (SPD)

Für eine familienpolitische Offensive in Deutschland und Bayern (Drs. 17/16614)

Auf eine Aussprache wurde hierzu vonseiten der Fraktionen verzichtet. Wir kommen deshalb gleich zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrages. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Die SPD-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Die CSU-Fraktion und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Kollegin Claudia Stamm ist der Antrag abgelehnt.

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend, und bis demnächst!

(Schluss: 21.27 Uhr)